



Paukschlag am Donnerstag

No. 35/2010 vom 2. September 2010

Kommentare zum Zeitgeschehen
von Egon W. Kreutzer

Druckversion
folgt [Kommentare
lesen / schreiben](#)

Entschuldung per Vermögensabgabe

Entschuldung per Vermögensabgabe

Gar keine Frage, Dill ist etwas Feines.
Als Gewürz.

Dill,
Alexander Dill, ist Soziologe und Philosoph. Das kann auch etwas Feines sein. Eignet sich aber kaum für die Beratung des deutschen Finanzministers. Dill kümmert das nicht, er rät.

SPIEGEL Online berichtet darüber so:

Hamburg – Alexander Dill hat einen Plan, der mit dem Wort kühn eher niedlich umschrieben ist.

Der Leiter des alternativen Basler Instituts für Gemeingüter und Wirtschaftsforschung arbeitet an einer Entschuldung der Bundesrepublik. Er will einen Vorschlag machen, wie sich Deutschland seines 1,7 Billionen-Euro-Problems entledigen kann.

Dabei schwebt dem studierten Soziologen und Philosophen eine radikale Soforttilgung vor: Der Staat soll sich mit einem Schlag von all seinen Krediten befreien. Und zwar per Vermögensabgabe.

Herr Dill hat dazu sogar das private Netto-Vermögen der Deutschen errechnet. Wie er das gemacht hat, konnte ich noch nicht herausfinden, Dill ist dabei jedenfalls auf die Summe von 8,2 Billionen Euro gekommen.

Da die Schulden des deutschen Staates derzeit bei rund 1,7 Billionen Euro liegen, Tendenz steigend, schlägt Herr Dill allen Ernstes eine Vermögensabgabe vor. So hoch, dass der Staat damit auf einen Schlag alle seine Schulden tilgen könnte und fürderhin keine Zinsen mehr zu zahlen bräuchte.

Und weil er die 8,2 Billionen offenbar über alle - große und kleine und aller kleinste - Vermögen hinweg "berechnet" hat, ist klar, dass auch alle zahlen müssten.

20 Prozent jedes Vermögens, egal in welcher Anlageform, sollten nach Auffassung des Herrn Dill am besten schon nächstes Jahr per Steuerbescheid an den Fiskus abgetreten werden.

Ein grandioser Plan.

Offenbar hat sich bisher niemand der Mühe unterzogen, Herrn Dill zu erklären, dass zur Tilgung von Schulden Geld benötigt wird. Keine Aktien, keine Pfandbriefe, keine Villen, keine Wälder, keine Eigentumswohnungen, keine Kfz-Briefe. Wer tilgen muss, hat's auch mit dem Sparbuch schwer, denn der Gläubiger nimmt nur Bargeld, also Münzen, Banknoten und Sichtguthaben auf Girokonten.

[Impressum](#)

[Startseite](#)

[EWK-Verlag](#)

[Newsletter](#)

[Paukschläge 2007](#)
[Paukschläge 2008](#)
[Paukschläge 2009](#)

[Weitere Kommentare](#)

[Leserbriefe](#)

[Paukschläge 2010
\(ältere\)](#)

[1 Angela Merkel](#)

[2 Innere Angelegenheiten](#)

[3 Werbung ist Krieg](#)

[4 Werbung ist Krieg - und wer geht hin?](#)

[5 Zwischen Schmerzgrenze und Hemmschwelle](#)

[6 Die Sache mit dem Zins](#)

[7 Schluss mit Lustig](#)

[8 Zins und Wachstumszwang gehören zusammen](#)

[9 Bananenrepublik](#)

[10 Dr. Petschow
Geld und Demokratie](#)

[11 Die freie demokratische
Kopfpauschale](#)

[12 Progressive Benzinststeuer](#)

[13 nicht belegt](#)

[14 Volkswirtschaftlicher
Gesamtschaden](#)

[15 Griechenland als Chance
verstehen](#)

[16 Kurzarbeit - der Kombilohn
durch die Hintertür](#)

[17 Die Mär vom gefährdeten
Euro](#)

[18 Muttertagswahl](#)

[19 Europhrenie](#)

[20 Extremsparer - wie vom
wilden Affen gebissen](#)

[21 Über den Verhältnissen](#)

[22 Die Würde des Amtes](#)

[23 Worum geht es?](#)

[24 Wahre
Wirtschaftskriminalität](#)

[25 Au weia - Wohin mit dem
Gold](#)

[26 Problematisches
Goldverständnis](#)

[27 Woran man eine gute
Regierung erkennt](#)

[28 Von Frau zu Frau Eva
Scherer](#)

[29 Ungarn - Irland -
Deutschland ...](#)

[30 Alles Verbrecher](#)

[31 Das Staatsziel in drei Sätzen](#)

[32 Aktion Staatsziel](#)

[33 Die Geld-Hirn-Schranke](#)

[34 nicht belegt](#)

Bundesbanker und Bundesstatistiker fassen das gesamte vorhandene Geld dieser Art im sogenannten "Geldmengenaggregat M1" zusammen. Wie viel das gerade ist, wird monatlich einmal festgestellt und ausgewiesen. Diese Feststellung wird aber nicht nur für die Euro-Zone insgesamt getroffen, es wird auch der "deutsche Beitrag" ermittelt.

Wer will kann auf den Seiten der Deutschen Bundesbank monatlich herausfinden, wie viel Bargeld (M1) gerade so im Wirtschaftsraum der Bundesrepublik Deutschland unterwegs ist. Es ist mal mehr, mal weniger.

Im Januar 2010 waren es 1,2 Billionen und ein paar Zerquetschte.

Ja, korrekt:

Alle Deutschen zusammen,

Kinder und Rentner, Arbeitslose und Beschäftigte, Unternehmen, Unternehmer und Anteilseigner, Spekulanten und Privatiers, hatten in ihren Geldbörsen, Brieftaschen, Ladenkassen und Tresoren, auf ihren privaten Gehaltskonten sowie auf allen Geschäftskonten, einschließlich der Geldbestände des Staates insgesamt nur 1,2 Billionen Euro zur Verfügung.

Selbst wenn man also mit bestem Willen und bei größter Vernachlässigung der Tatsache, dass ohne Liquidität (also ohne Bargeld M1) die Wirtschaft unmittelbar zum Stillstand käme, den grandiosen Plan des Herrn Dill umsetzen wollte - es gelangt nicht, weil dazu mindestens eine halbe Billion Bares fehlt.

So überraschend dies zunächst auch klingen mag, es ist eine einfache und leicht überprüfbare Tatsache: Die Staatsschulden übersteigen die vorhandene Liquidität um rund eine halbe Billion Euro.

Unerschrocken, wie unsere real existierende Regierung nun einmal ist, könnte sie, angetrieben vom Wunsch die Steuern zu senken, das Wachstum vor sich her zu treiben und die Zukunft ihrer Kinder und Enkel zu vergolden, auf die glorreiche Idee verfallen:

**Wenn schon nicht alles getilgt werden kann,
dann doch zumindest so viel wie möglich.**

Herr Dill würde gewiss gerne seinen Rechenschieber zur Verfügung stellen und die unbezahlbaren Abgabe von 20% auf alles Vermögen - Problem gelöst - flugs in die gerade noch bezahlbare Abgabe von 15 Prozent auf alles Vermögen umwandeln.

Geld weg - Schulden weg?

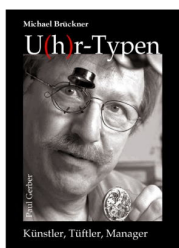
Halt, halt!



Geld weg?

Geld wäre nur insoweit weg, wie es in die Tilgung von Bankkrediten fließt oder zur Tilgung von Auslandsschulden verwendet wird.

Jedoch verbliebe Geld bei denen, deren Barvermögen bei Fälligkeit der Vermögensabgabe mehr als 15 % ihres Gesamtvermögens ausmache, und bei denen, die vorsorglich ihr wahres Vermögen soweit verschleiern konnten, dass die Vermögensabgabe ins Leere ging. Das allerdings würde das Maß der Tilgung der Staatsschulden weiter mindern ...



Zudem flösse Geld jenen zu, die vorher als Gläubiger des Staates fungierten. Aus 100% Bundesschatzbriefen würden Guthaben auf Girokonten und ein Rest von Bundesschatzbriefen im Verhältnis 1,2 : 0,5, weil ja die Staatsschulden nur teilweise getilgt werden konnten.

Da aber die Großgläubiger allesamt nach rentierlichen Anlagen suchen und nicht mehr Liquidität halten, als jeweils unvermeidlich oder aus spekulativen Gründen opportun ist, wird der Großteil der Tilgung nicht in Geldbörsen, Brieftaschen, Ladenkassen und Tresore zurückfinden, auch nicht auf private Gehaltskonten und die Geschäftskonten der Unternehmen fließen, sondern im Bereich der reinen Finanzwirtschaft verbleiben.

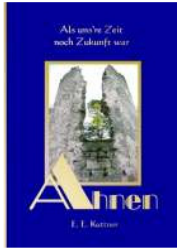
Ja, von ein paar Kleinigkeiten abgesehen, wäre das Geld weg.

Schulden weg?

Allenfalls ansatzweise.

Der Staat hätte sich von 70 Prozent seiner Schulden befreit.





Doch die Staatsschulden machen in der Gesamtbetrachtung der Verschuldung eher den kleinsten Anteil aus. Die privaten Haushalte bringen es auf einen mindestens gleich hohen Schuldenstand und die Unternehmen haben mindestens noch einmal so viele Schulden, wie Private und Staat zusammen.

Die Gesamtverschuldung würde also um etwa 15 Prozent sinken.

Das Ergebnis

Mit einem Kraftakt sondersgleichen (der Lastenausgleich Adenauers, den Dill fälschlich als löbliches Beispiel anführt, ist nicht damit zu vergleichen!) hätten wir nahezu die komplette Liquidität aus der Realwirtschaft entfernt.

Die verbleibenden Reste verhelfen zwar den wenigen Glücklichen, die einen Teil ihres Geldes retten konnten, zu fantastischen Einkaufsmöglichkeiten, da fehlendes Geld die wundersamen, kaufkraftsteigernden Wirkungen der Deflation hervorruft, könnten aber den sofortigen Zusammenbruch des regulären Wirtschaftens nicht aufhalten.

Niemand könnte mehr eine Rechnung bezahlen, kein Unternehmer seine Angestellten entlohnen, kein Schuldner (es gibt ja noch genug Schulden) könnte Zins- und Tilgungsforderungen bedienen, es sei denn ...



Es sei denn, er "hat Kredit".

"Kredit haben" ist ein schöner alter Begriff für "Anschreiben lassen" oder "Schulden machen dürfen".

Man darf getrost unterstellen, dass die jeweils vorhandene Geldmenge M1, die ja keine oder nur geringste Zinsen trägt, sich üblicherweise am unteren Rand der Bandbreite bewegt, die eingehalten werden muss, sollen für die notwendigen Transaktionen innerhalb einer arbeitsteiligen Wirtschaft stets die erforderlichen Zahlungsmittel verfügbar sein.

Die Geldmenge M1 entsteht, wie alles Geld, aus Kredit.

Soll der unmittelbare Zusammenbruch der Volkswirtschaft vermieden werden, müssen schnellstens seitens der Banken neue Kredite ausgereicht werden, um den Bedarf an Zahlungsmitteln zu decken.

Der Staat, der sich soeben per Kraftakt teilschuldet hat, wird - vorausgesetzt unsere real existierende Regierung bleibt am Ruder - nicht im Traum daran denken, selbst neue Schulden zu machen. Also bleibt es den privaten Haushalten und den Unternehmen vorbehalten, bei den Banken anzustehen und Kredit zu beantragen.

Unterstellt man den Banken - mit sehr viel Fantasie - ein gewisses Interesse am Funktionieren der Realwirtschaft und geht voller Optimismus davon aus, dass die Banken mithelfen, die Geldmenge M1 schnell wieder aufzufüllen, dann ist auch schnell der alte Schuldenstand wieder hergestellt.

Wie sich die Gesamtschulden im Wirtschaftsraum der Bundesrepublik Deutschland auf Staat, private Haushalte und Unternehmen verteilen ist doch schnurzpiegegal.

Wir alle sind der Staat. Die Staatsschulden sind unser aller Schulden.

Also müssen auch die regelmäßig fälligen Zinsen von dieser Volkswirtschaft insgesamt erwirtschaftet und als "Tribut an das Kapital" vom BIP abgezweigt werden.

Es gibt nur einen kleinen Unterschied:

Private und Unternehmen haben in der Regel kein AAA-Ranking.

Die Summe der Darlehenszinsen und damit die Belastung der gesamten Volkswirtschaft durch den "Tribut an das Kapital" steigen also, wenn sich der Staat zu Lasten der Bürger entschuldet.

Fazit

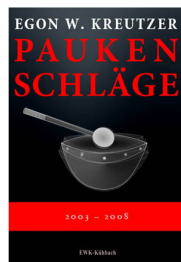
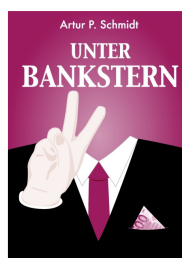
- Die von Alexander Dill vorgeschlagene 20 % ige Vermögensabgabe ist mangels Liquidität undurchführbar.
- Der Versuch, wenigstens das Machbare (also etwa 15 %) auch zu machen, führt durch vollständigen Liquiditätsentzug direkt in den vollständigen Zusammenbruch des Wirtschaftens.
- Der Abbau von Staatsschulden erfordert - wenn Handel und Wandel nicht durch Deflation



beschädigt werden sollen - den gleichzeitigen Aufbau neuer Schulden der privaten Haushalte und der Unternehmen.

Eine Lösung des urkapitalistischen Problems stetig steigender Verschuldung ist weder mit einer (von mir nach wie vor für vollkommen unsinnig gehaltenen) Schuldenbremse im Grundgesetz, noch mit nicht zu Ende gedachten Hau-Ruck-Aktionen á lá Alexander Dill zu schaffen.

Dazu bedarf es einer grundlegenden Änderung unserer Geldverfassung.



Links:

Alexander Dill's Plan	(SPIEGEL online)	
Dr. Petschow über die Geldströme in der Volkswirtschaft	online bei egon-w-kreutzer.de	
Die grundlegende Änderung der Geldverfassung	online bei egon-w-kreutzer.de	
Die grundlegende Änderung der Geldverfassung	umfassend als Buch im EWK-Verlag	

Alexander Dill hat mir die Ehre erwiesen, auf meine Kritik mit einer Erwiderung zu reagieren:

Sehr geehrter Herr Kreutzer, (bitte die ganze Mail als Antwort veröffentlichen)

Ich erlaube mir, Ihren Paukenschlag ein wenig zu beantworten. Ich habe mir derweil Ihren Vortrag Dresden 2005 und das Verlagsprogramm angesehen.

Die von Martin Heidegger aufgeworfene Frage, warum es Seiendes und nicht vielmehr Nichts gibt, berührt sicher auch das Phänomen des Fiat-Money, des Giralgeldes, das scheinbar aus dem Nichts geschöpft wird. Tatsächlich aber liegen all diesen Derivaten, auch den Staatsschulden Assets und Umsätze als theoretische Sicherheiten zugrunde. [1\)](#)

So kann man z.B. Ölkriege erklären: Die geschätzten 2 Billionen, die der Irak noch aus Öl erlösen könnte, könnten von den USA gepfändet bzw. als „Sicherheitsgebühr“ in Rechnung gestellt werden. [2\)](#)

Es hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder Crash- und Zusammenbruchswarnungen gegeben, die eines verbindet: Nie kam der Zusammenbruch.

Dies ist in der Tat ein soziologisches, aber auch ein philosophisches Rätsel, das zu diskutieren sich lohnen könnte.

Wohlgemerkt: Das Ausbleiben, nicht das Eintreffen des Crashes. [3\)](#)

Ich habe darüber in meinem neuen Buch „Täuschwirtschaft“ ein Kapitel geschrieben.

Die von Alexander Dill vorgeschlagene 20 % ige Vermögensabgabe ist mangels Liquidität undurchführbar.

Antwort: Eine Umschuldung von Staats- auf Privatschulden erfordert keine Liquidität, sondern ein Titel löst einen anderen ab. Liquidität würde dann gefordert, wenn die neuen Schuldner zur Tilgung Assets auflösen müssten, was aber bei 20% Zwangsanleihe nur in Ausnahmen der Fall sein wird. [4\)](#)

Der Versuch, wenigstens das Machbare (also etwa 15 %) auch zu machen, führt durch vollständigen Liquiditätsentzug direkt in den vollständigen Zusammenbruch des Wirtschaftens.

Ich habe gelesen, dass Sie für eine 15%ige Vermögenssteuer eintreten. [5\)](#)

Ein „Zusammenbruch des Wirtschaftens“ würde sicher den Propheten (Sie?) reich machen, wenn er diesen prognostizieren könnte. Ansonsten gilt meine Antwort auf die erste Frage.

Der Abbau von Staatsschulden erfordert - wenn Handel und Wandel nicht durch Deflation beschädigt werden sollen - den gleichzeitigen Aufbau neuer Schulden der privaten Haushalte und der Unternehmen.

Deflation, die es in Japan und der Schweiz gibt, beschädigt eine Volkswirtschaft mit einer so breiten Struktur wie die deutsche nicht. Die Umschuldung verschlechtert vielleicht die Bonität und führt – durch den Ausfall der staatlichen Schuldnerkonzerns – zu steigenden Zinsen. Das wäre das beste Rezept gegen neue Finanzmarktdelirien. [6\)](#)

Zuletzt: Aufgrund des Auslaufens der deutschen Staatsanleihen – derzeit laufen 365 Milliarden pro Jahr aus - wird der Prozess 6-10 Jahre dauern. Das ist keine Hau-Ruck-Aktion. [7\)](#)

Wenn 1950 Konrad Adenauer mit der bis in die 70er Jahre bestehenden Vermögensabgabe auf die Skeptiker gehört hätte, wäre das deutsche Wirtschaftswunder nicht eingetreten.

Es überrascht mich, dass gerade alternative Querdenker eine Tilgung für unmöglich halten. War es rückblickend denn realistischer, 1,7 Billionen Schulden finanziert zu bekommen?

Beste Grüße Ihres Alexander Dill

Anmerkungen dazu

1) Die Annahme, Giralgeld sei ein Derivat, hier also ein aus anderen "Werten" abgeleiteter Wert, ist hauptsächlich unter Volkswirten weit verbreitet. Alexander Dill grenzt diese Aussage zumindest ein, indem er den Staatsschulden nur "theoretische Sicherheiten" attestiert, die in "Assets", also Vermögensgegenständen im weitesten Sinn, und "Umsätzen" bestehen. Dies ist zwar eine für diese Diskussion nicht relevante Feststellung, dennoch kann sie so nicht stehenbleiben. Gerade die Entstehung der Blase am US-Häusermarkt, anfänglich als Subprime-Krise bekannt, zeigt, dass Kredite - wenn es den Banken gefällt - auch weitgehend unbesichert in die Welt gesetzt werden können.

Sie zeigt zudem, welche Folgen es hat, wenn die durch Kredite freigesetzte Liquidität dem Markt so schnell entzogen wird, dass den Schuldner das Tilgen unmöglich wird. So lange ständig neue Kredite nachgeschoben wurden - weil die Immobilien ja ständig wertvoller wurden, was niemand als Inflation erkennen wollte - konnte das Rad weiter gedreht werden. Als die Banken kalte Füße bekamen und der Zufluss neuer Liquidität in Stocken geriet, war die Krise geboren.

[zurück](#)

2) Tribut zu fordern, war von jeher Kriegsziel. Dass US-Kriege weitgehend schuldenfinanziert sind, ist kein Geheimnis. Der Schluss, Kriegsschulden seien stets durch die Kriegsbeute besichert, ist jedoch falsch. Gelegentlich sollen Kriege verloren worden sein. Gelegentlich sollen Kriege ohne Sieg beendet worden sein.

Der Gedanke hat jedoch mit der behandelten Problematik nur insoweit zu tun, als angenommen werden könnte: Das Tilgungsproblem solle durch einen Krieg und die aus der damit verbundenen Neuverschuldung gewonnene Liquidität gelöst werden. Das, meine ich, kann Alexander Dill allerdings nicht gemeint haben.

[zurück](#)

3) Crash? Es kommt wohl darauf an, wie man den Crash definiert. Nimmt man die Weltwirtschaftskrise von 1928/29 als Maß, dann kann man daran erstens ermesen, dass es zumindest diesen einen Crash tatsächlich gegeben hat, zweitens kann man alle vorher und nachher aufgetretenen massiven Krisen prozentual an diesem 100% Crash messen und drittens wird klar, dass die noch nicht überwundene aktuelle Krise alle Voraussetzungen mitbringt, einen Wert > 100% zu erreichen.

[zurück](#)

4) Mit der Bemerkung: "Eine Umschuldung von Staats- auf Privatschulden erfordert keine Liquidität, sondern ein Titel löst einen anderen ab.", kommt Alexander Dill zum eigentlichen Ausgangspunkt der Kritik an der von ihm geforderten Vermögensabgabe.

Damit sagt er aber nichts anderes, als das, was ich ihm kritisierend vorgehalten habe, dass nämlich die Tilgung der Staatsschulden nur bei gleichzeitiger, zusätzlicher Verschuldung der privaten Haushalte und der Wirtschaft möglich ist. Verbunden mit einem steigenden Zinsniveau, also einer insgesamt höheren Belastung der Volkswirtschaft durch Kapitalerträge.

Die hier gleichzeitig getroffenen Annahme, eine Belastung in Höhe von 20% des Vermögens erfordere nicht zwingend die Veräußerung von Vermögensgegenständen kann ich mangels entsprechender Daten nicht widerlegen, ziehe sie aber in Zweifel.

Insbesondere, aber beileibe nicht ausschließlich, im Bereich kleiner und mittlerer Vermögen, noch dazu, wenn diese primär aus selbstgenutztem oder vermietetem Immobilienbesitz bestehen, wird die aus der erforderlichen Verschuldung resultierende Zinsbelastung so manches

fein austarierte Modell der "Altersvorsorge" ins Wanken bringen und zur Veräußerung zwingen. Das Problem: Die Nachfrage ist durch die Zwangsabgabe geschwächt ...

[zurück](#)

5) Dass ich für eine Vermögenssteuer eintrete, ist korrekt. Dass ich einen Steuersatz von 12 % vorgeschlagen habe, macht zu den 15%, die Alexander Dill erinnert, keinen großen Unterschied. Dass ich jedoch diese Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von 1 Milliarde Euro ausstatten will, ist hier leider unter den Tisch gefallen. Der jährliche Ertrag der von mir vorgeschlagenen Steuer bliebe im niedrigen zweistelligen Milliardenbereich - machte also nur wenig mehr als 1% jener 1,7 Billionen aus, die Alexander Dill einziehen will.

[zurück](#)

6) Die Behauptung, Deflation könne eine Volkswirtschaft wie die deutsche nicht schädigen, ist aus der Luft gegriffen. Wir leben seit geraumer Zeit in einer deflationären Phase. Die Realeinkommen sinken, der Staat übt sich in Ausgabenbegrenzung, die Mittel für die Sozialsysteme werden massiv zusammengestrichen, Banken müssen wegen Liquiditätsmangel vom Staat gerettet werden - und die Binnenkonjunktur liegt darnieder. Das ist Deflation, und der Schaden ist unübersehbar.

Dass steigende Zinsen ein Mittel gegen Finanzmarktdelirien sein könnten, mag stimmen. Es gäbe jedoch - allein durch vernünftige Regulierung - weitaus bessere und wirksamere Mittel, die zudem den Vorteil hätten, die Realwirtschaft nicht zu beeinträchtigen.

[zurück](#)

7) o.k., das hat sich im Bericht des Spiegel anders gelesen. Aber selbst wenn die Tilgung aller Staatsschulden nicht von heute auf morgen, sondern über einen Zeitraum von 7 bis 10 Jahren erfolgen soll, bleibt das Problem der Umschuldung und der Anstieg der volkswirtschaftlichen Zinslast bestehen.

Daraus folgt zwangsläufig ein noch schnellerer Anstieg der Gesamtverschuldung.

[zurück](#)

Zusammenfassung:

Dill geht, wie nun erkennbar wird, durchaus ebenfalls davon aus, dass die von mir befürchtete Folge eintritt:

Die Tilgung der Staatsschulden wird durch Kreditaufnahme der privaten Haushalte und der Wirtschaft zum Preis steigender Zinsen kompensiert.

Darin sehe ich eine negative Entwicklung, der nichts anderes entgegensteht, als der schöne Schein einer (mitnichten) erfolgten Tilgung.

[nach oben](#)

[Newsletter
bestellen](#)

Reaktionen auf diesen Paukenschlag

Hallo Herr Kreutzer.

Wenn ich der Staat wäre und Dill's Konzept umsetzen müsste, so würde ich erst klammheimlich alle meine Schulden in Staatsanleihen umschichten. Und dann eine einmalige 100%-Abgabe auf Staatsanleihen erheben!

Dadurch muss dann keine Liquidität vernichtet (oder bewegt) werden, sondern ich müsste einfach nur meine nun wertlosen Staatsanleihen einsammeln.

Juristische Probleme müsste man im Vorfeld glatt bügeln und sicherstellen, dass die Staatsfinanzierung ein paar Jahre schuldenfrei laufen kann (bis die Zocker und Anlageberater es wieder vergessen haben). Es wäre zwar für so manchen grausam, aber ohne größere wirtschaftliche Beben oder verdeckte Umschuldung machbar.

Beste Grüße,
Thomas Koudela

Lieber Herr Kreutzer,

Die laufende Staatsverschuldung (und laufende Staatsentschuldung durch Steuereinnahme) ist eine notwendige und gute Sache! Sie bildet das Gegenstück

zur eskalierenden Geld-Ware-mehr Geld - Folge des Kapitalismus (G-W-G').

Das ungesunde an unserer heutigen Staatsverschuldung ist aber deren absurde Höhe. Diese Anhäufung, dieser gewaltige Stau ist nur deshalb entstanden, weil Staatskredite verzinslich sind. Gäbe es diese Verzinsung nicht, dann wäre es überhaupt kein Problem gewesen und wird es auch nie sein, diese auch wieder zu tilgen.

Im Grunde müssten alle Staatsaufgaben mittels laufender Staatsverschuldung finanziert werden und die Steuereinnahmen nur dazu dienen diese Schulden stetig wieder zu tilgen. Um nun diese Krankheit aber wieder zu heilen, bedarf es eines Heilmittels, eines Heilverfahrens. Und dieses Therapeutikum kann nur die (vorübergehende!) Schöpfung von sogenanntem 'Nettogeld' sein, welche durch Inflationswirkung die krankhaft angehäuften Forderungen an den Staat wieder abbaut.

Sind diese einmal abgebaut, und die Institution von zinsfreien Krediten an den Staat ermöglicht, dann kann in Zukunft ein Gleichlauf der Wirtschaft, sogar auch ohne quantitativem Wachstum, möglich sein.
(...)

Hallo Herr Kreutzer,

etwas gutes hätte dieser Weg allerdings: Wenn morgen dieser "Plan" (Egon hatte bessere) umgesetzt würde, wäre übermorgen Katastrophenalarm auf allen Ebenen. Nachdem die Medien am Sonntag von dem Wahnsinn berichtet hätten, wären am Montag die letzten "Vordenker" von ihrer Schulweisheit verlassen worden. Am Dienstag würde sich entscheiden, ob es ganz wenige oder ganz viele Tote gibt. Am Mittwoch wären alle froh, dass doch nicht so viel passiert ist und jemand vom Spiegel würde "plötzlich" Ihre Internet-Seite entdecken. Nächsten Donnerstag würde Ihr Paukenschlag den Weg für eine Lösung erläutern (zum hundertsten Mal oder so). Aber diesmal hätten Sie das Problem, dass der Server ständig in die Knie geht. Alles weitere kann man seiner Fantasie überlassen...

Ich persönlich wäre für das schreckliche Ende, da der endlose Schrecken auf Dauer langweilig wird.

Beste Grüße,

Hallo Herr Kreutzer,

im dritten Absatz sind Millionen und Billionen durcheinander gekommen. Das vertauschen ja gelegentlich auch unsere Politiker, sind sich dessen aber sicher nicht immer bewusst.
(danke für den Hinweis, ist korrigiert. EWK)

Danke wie immer für den Paukenschlag, hab ich letzten Donnerstag echt vermisst. Über den besagten Artikel bin ich gestern auch gestoßen und hab gegrübelt warum das nicht klappt. Jetzt hab ich die Erklärung. Freue mich immer wieder von Ihnen zu lesen. Die Homepage ist für mich in jeden Fall Pflichtlektüre !

Bleiben sie gesund

Grüße

Hallo Herr Kreuzer,

nach dem Lesen Ihrer heutigen E-Mail, habe ich noch einmal in diesen Buchauszug gesehen.

Schöner Gedanke, der vermutlich sogar funktionieren könnte, wenn wir nicht in einer Welt leben würden die so ist wie wir sie geschaffen haben und dem Menschen endlich klar würde das er als Individuum gerade einmal 0,0000000167% dieser Gesellschaft ausmacht und ihn einzig und allein sein gesellschaftsdienliches Verhalten zum nützlichen und wertvollen Mitglied dieser Gesellschaft machen kann.

Der Mensch sieht sich gerne als intellektuell leistungsfähige Krone der Schöpfung, der alles untertan zu sein hat was da sonst noch kriecht und fleucht auf dieser Welt und übersieht in seiner Arroganz die Tatsache, dass jeder z. B. Ameisenstaat eine wesentlich wertvollere Gesellschaft darstellt als die unsere.

Natürlich ist Herrn Dill's Idee so nicht praktikabel, trotzdem muss man sich natürlich Gedanken darüber machen, wie man diese ständig fortschreitende Staatsverschuldung, also diese gemeinsame Verschuldung z. B. unseres Volkes vom Neugeborenen bis zum Greis aufhält und verringert, irgendwann vielleicht sogar ins Plus bringt um diesen Gewohnheitskreislauf zu durchbrechen. Nach "Dill" gehts aus den verschiedensten Gründen nicht, das ist uns allen klar und die populistische Sparpraxis unserer Volksvertreter bringt uns auch

nicht weiter, im Gegenteil aber das ist ein anderes Thema. Bertachtet man nun die Entstehungsgeschichte unserer Staatsverschuldung etwas genauer, wird einem schnell klar, dass sie (einmal abgesehen vom Wiedervereinigungssprung) ausschließlich völlig sinnloser Verschwendung geschuldet ist. Angefangen bei den jährlich ca. 30 Milliarden der öffentlichen Hand (öffentlich belegt durch das Schwarzbuch) das eigenartiger Weise auch den Sprung von der DM zum Euro nahtlos voll zogen hat und so in etwa bis heute ca. 50-60% bei getragen hat, weiter über eine von Anfang an falsche Rentenpolitik und den Mißbrauch der dafür aufgelaufenen Beiträge und eine überbordende Beamten und Verwaltungspolitik bis hin zum Konsul, der sich eines Gags halber schnell einmal 2 Tuben Senf auf sein Festle liefern lässt und das mit einem Jet der Bundeswehr (Kosten ca. 2 Millionen). Diese Liste ließe sich fast endlos fortsetzen, aber ich denke, für den Anfang genügt das völlig um zu erkennen, wodurch das Ganze wirklich entstanden ist und auch, dass es durch eine konsequente Vermeidung dieser Umstände tatsächlich möglich ist diesen Prozess nicht nur auf zu halten, sondern ihn sogar um zu kehren, wenn auch nicht auf einen Schlag.

In diesem Sinne

Sehr geehrter Herr Kreutzer,

Herr Dill glaubt wohl, dass man sich selbst am Schopf aus dem Sumpf ziehen könnte. Zudem vergisst er völlig, dass die theoretisch zurückbezahlten Schulden wieder als zu verzinsende Gelder bei jenen liegen, die ohnehin bisher auch von den Zinsen und den kollateralschädlichen Folgen lebten.

Es bleibt also, wie wir in Österreich sagen, "ghupft wie ghatscht".

Die Lösung ginge nur mit einem totalen Schuldenerlass, mit gleichzeitiger Einführung eines Systems, welches das private Horten von Geld, Immobilien und Rohstoffen massiv mit Negativzins bestraft. Unser legalisiertes Pyramidenspiel- Geldsystem mit Nachschuldnerzwang muss endlich - wenn nötig, ebenfalls mit gesetzlichem Zwang - unterbunden werden. Wer sich jetzt über meine Zwangseignungstheorie aufregen möchte, dem sei gesagt, dass wir ohnehin in einem Zwangseignungssystem leben, nur wird halt die große Masse enteignet und die Beute an jene Minderheit verteilt, die uns zwangseignen darf.

Es kann doch nicht sein, dass die hungrigen Dürren ständig den satten Fetten die Mahlzeiten erschufte und zahlen müssen.

Freundliche Grüße

"Der Abbau von Staatsschulden erfordert - wenn Handel und Wandel nicht durch Deflation beschädigt werden sollen - den gleichzeitigen Aufbau neuer Schulden der privaten Haushalte und der Unternehmen."

Ja ein. Saldentheoretisch ist das bestimmt richtig. In die Gesamtschulden teilen sich Staat, Unternehmen und Endverbraucher. Aber das ist eine statische Betrachtung. Hier hinein gehört die Verteilung der Einkommen. Also die Vermögen der Gläubiger. Schmelzen diese ab, wird auch jene Summe der Gesamtschulden niedriger, in die sich die Staat, Unternehmen und Endverbraucher hineinteilen.

Zu den Staatsaufgaben kann man das dann gern umformuliert auf den Punkt bringen. Der Staat benötigt für die Verrichtung seine Geschäfte (Armee, Polizei, Justiz, Behörden, Soziales...) die Summe X, welche i.d.R. seine Einnahmen übersteigt. Das Dilemma der Politik besteht zwischen den 2 Polen der Feigheit.

1. Feigheit: den Massen massiv im Sozialbereich herumzustreichen um die Ausgaben zu kürzen. Das kostet aller 4 Jahre Wählerstimmen und kann daher nur dosiert vorgenommen werden.
2. Feigheit: den Vermögenden tiefer in die Tasche zu greifen (Erbschafts-, Vermögenssteuer, Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen für die gesetzl. Sozialversicherungen etc.), welche dann die Säge an den Stuhl der Regierung setzen. Mitunter ist das wohl auch ein identischer Personenkreis.

Soll heißen: Herr Dill sollte nicht eine wirtschaftskillende Einmalabgabe favorisieren, sondern eine Erhöhung der Dauereinnahmen. Bspw. auch mit einer Bankenabgabe, welche mit dem Bilanzvolumen wächst und daher auf das Wachstum einer Bank strangulierend wirkt.

Ach, Ideen gibt es sooo viele...

Hallo Herr Kreuzer,

Sie müssen, glaube ich, für Ihre Standardwerke, mal wieder massiv die Werbetrommel rühren. Mir scheint dass einige Ihrer Stammreaktionäre Ihre dargestellten Alternativen noch nicht kennen...

Das tue ich doch glatt! Hau'n Sie drauf, mit der Maus, auf die Trommel!



u

Pagerank 4